Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7593**
14. Wahlperiode 27. 11. 2001

Änderungsantrag

der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS

zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7306, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus werden im Einzelplan 06

1. in Kapitel 06 02 „Allgemeine Bewilligungen“ der Titel 532 05 „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ um 12,5 Mio. Euro erhöht;
2. in Kapitel 06 02 der Titel 632 03 – „Bundesanteil zur Sicherung und Betreuung der Friedhöfe der ehemaligen jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland“ – um 1 Mio. Euro erhöht;
3. das Kapitel 06 35 „Bundeszentrale für politische Bildung“ um folgende Titelgruppe 02 erweitert: „Wissenschaftliche Erforschung verschiedener politischer Strömungen der ‚Neuen Rechten‘, neuheidnischer und kultischer Gruppierungen des Rechtsextremismus sowie Erforschung der politischen Durchdringung der Traditionsverbände der Wehrmacht, der Vertriebenenverbände und studentischer Verbindungen durch Rechtsextremisten und Einsatz dieser Ergebnisse in der politischen Aufklärungsarbeit“ und hierfür 25 Mio. Euro eingesetzt;
4. in Kapitel 06 35 „Bundeszentrale für politische Bildung“ der Titel 532 02 – „Politische Bildungsarbeit“ –, Nr. 10: „Für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus …“ um 5 Mio. Euro erhöht;
5. in Kapitel 06 40 „Bewilligungen für Spätaussiedler, Deutsche Minderheiten und Vertriebene“, Titelgruppe 01, Titel 684 12 „Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Vertriebenen“, die Nr. 1 – „Institutionelle Förderung – Bund der Vertriebenen e. V.“ – um 460 000 Euro gekürzt.

Berlin, den 29. November 2001

Petra Pau
Ulla Jelpke
Roland Claus und Fraktion

Begründung

I. Allgemein

Der Einfluss und die Auswirkungen des Rechtsextremismus haben weiterhin ein erschreckendes Ausmaß. Dies wird sich nach den Einschätzungen seriöser Rechtsextremismus-Forscher auch in den nächsten Jahren nicht ändern.

Die rechtsextremen Straftaten haben einen traurigen Höchststand erreicht. Allein im letzten Jahr wurden 15 951 rechtsextrem motivierte Straftaten begangen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich diese Zahl um 58,9 %. Es ist dies ein trauriger bundesdeutscher Rekord. Allein die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten stieg um 33,8 % auf 998.

Und auch in diesem ersten Halbjahr sind die Zahlen der rechten Straftaten wieder angestiegen.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, im August diesen Jahres vor einem „Nachlassen im Kampf gegen den Rechtsextremismus warnte“ (Süddeutsche Zeitung, 20. August 2001). Es gebe keinen Grund, vor dem Hintergrund des gewalttätigen Treibens der Rechtsextremisten in diesem Land die Hände in den Schoß zu legen. Paul Spiegel warnte eindringlich: „Wir dürfen uns nicht an die kontinuierlich schleichende Zunahme der rechtsextremen Gewalt gewöhnen. (…) Ausländer können sich nirgends sicher fühlen. Politiker haben zu lange geschwiegen, weggeschaut und verharmlost“. Die Situation sei so „kritisch wie vielleicht noch nie“ (FAZ, 23. August 2001).

Nach wie vor sind rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung im erschreckenden Maße weit verbreitet. Besonders besorgniserregend sind die Angaben über rechtsextreme Einstellungen unter Jugendlichen.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verfügt der Rechtsextremismus über Zuspruch in der Bevölkerung. In den letzten Jahren haben unterschiedliche Meinungsforschungsinstitute immer wieder darauf hingewiesen, dass zwischen 5 bis 10 % der Bevölkerung rechtsextreme Parteien wählen würden.

Erhebungen über rechtsextreme Einstellungen weisen auf eine Verfestigung und Ausbreitung solcher Anschauungen hin. So schätzen Rechtsextremismus-Forscher gegenwärtig das rechtsextremistische Wählerpotential auf 13 bis 18 % (Die Woche, 18. August 2000).

Nach einer Studie der letzten Jahre unter brandenburgischen Jugendlichen beziehen 10 % der Jugendlichen judenfeindliche Positionen. 76 % der männlichen und 57 % der weiblichen Befragten können sich nicht vorstellen, mit einem Juden befreundet zu sein (Berliner Zeitung, 8. September 2000).

Rechtsextremismus ist aber keineswegs „nur“ ein Jugendproblem. Eine Forsa-Studie der FU Berlin aus dem Jahr 2000 kommt zu dem Ergebnis, dass 12 % der Berliner und 21 % der Brandenburger Bevölkerung zu einem rechtsextremen Weltbild neigen. Besonders hoch ist nach dieser Studie der Prozentsatz der Menschen mit rechtsextremen Weltbild in der Altersgruppe der 55- bis 74-Jährigen (Newsbote, 15. August 2000).

Bereits Anfang der 90er Jahre hatte eine EMNID-Umfrage im Auftrag des Jüdischen Komitees festgestellt, dass 20 % der Deutschen keinen jüdischen Nachbar wollen. 30 % der Westdeutschen und 20 % der Ostdeutschen waren nach dieser Umfrage „gegen einen Juden als möglichen deutschen Bundespräsidenten“. 44 % der Westdeutschen und 19 % der Ostdeutschen meinten, dass „die Juden den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen“.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, ausreichende Mittel für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus, von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bereit zu stellen.

II. Zu den einzelnen Punkten

Zu 1. In diesem Haushaltsposten sollen Mittel für ein Programm zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus eingestellt werden.

Es soll ein Programm entwickelt werden, das das Engagement und die Initiative Einzelner oder Gruppen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus unterstützt und stärkt.

Um die Arbeit antifaschistischer und antirassistischer Organisationen und Initiativen zu fördern, werden zu diesem Zweck zusätzliche 12,5 Mio. Euro bereitgestellt. Diese Mittel sollen in die Arbeit von Organisationen und Initiativen fließen.

Durch die finanzielle Förderung soll eine Gegenmobilisierung breiter Bevölkerungsschichten gegen rechtsextreme und rassistische Bestrebungen gestützt werden.

Zu 2. Die nicht abreißenden Berichte über neuerliche Schändungen jüdischer Friedhöfe machen deutlich, dass die bisher dafür bereitgestellten Mittel ganz offensichtlich nicht ausreichen. Für die jüdischen Gemeinden ist es teilweise nicht bzw. nur unzureichend möglich jüdische Friedhöfe, die während der NS-Zeit zerstört wurden, zu betreuen. Die Aufgabe ist – trotz teilweisen großen ehrenamtlichen Aufwands – von den jüdischen Gemeinden kaum angemessen zu bewältigen. Der Bundesrepublik Deutschland kommt hier eine große Verantwortung zu, die sich auch finanziell ausdrücken muss.

Zu 3. Über bestimmte, sogar entscheidende und einflussreiche Strömungen des bundesdeutschen Rechtsextremismus klärt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nicht auf. So gibt es beispielsweise über die Strömungen der „Neuen Rechten“, deren politischen Ausrichtung, ihr Organisationsgeflecht und ihre Theorieorgane so gut wie kein behördliches Wissen.

Dies trifft auch auf neuheidnische und kultische Gruppierungen des Rechtsextremismus sowie auf eine rechtsextreme Durchsetzung von Vertriebenenverbänden, Traditionsverbänden der Wehrmacht und studentischen Verbindungen zu.

Durch diese Defizite des Amtes wird das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Bestrebungen völlig falsch eingeschätzt. Die Bevölkerung wird über bestehende Gefahren nicht ausreichend oder gar nicht informiert. So wurde beispielsweise die Öffentlichkeit in diesem Jahr durch die Tatsache überrascht, dass einige studentische Verbindungen rechtsextrem durchsetzt sind.

Um diese Lücke in der Aufklärung über den Neofaschismus zu schließen, wird die Bundeszentrale für politische Bildung beauftragt, Forschungsvorhaben zu diesen Themenkomplexen zu vergeben und die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Studien für die Bildungsarbeit in angemessener Form aufzuarbeiten.

Es kann nicht hingenommen werden, dass beispielsweise über eine rechtsextreme Durchdringung von Vertriebenenverbänden nicht genug Aufklärungsarbeit durch die zuständigen Stellen betrieben wird. Dadurch besteht die Gefahr, dass Eltern beispielsweise ihre Kinder ahnungslos in zum Teil rechtsextrem durchsetzte Jugendorganisationen der Vertriebenenverbände gehen lassen. Diese Gefahr ist umso größer, da durch die

staatliche, politische und finanzielle Unterstützung der Vertriebenenverbände allgemein der Eindruck politischer Zuverlässigkeit und Korrektheit vermittelt wird.

Es kann ebenfalls nicht hingenommen werden, dass z. B. Wehrpflichtige in Unkenntnis über eine rechtsextreme Durchdringung von Traditionsverbänden der Wehrmacht gelassen werden; dies umso mehr, da bis heute Kontakte zwischen der Bundeswehr und dem Reservistenverband der Bundeswehr einerseits und den Traditionsverbänden der Wehrmacht andererseits bestehen. Soldaten können so in verantwortungsloser Weise in Kontakt mit Verbänden gebracht werden, die die Verbrechen des Faschismus leugnen.

Zu 4. Die Anstrengungen im Bereich der politischen Bildung müssen verstärkt werden. Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung umstrukturiert hat. Es wurde begonnen, die Arbeit zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus durch neue Programme, Medienpakete für Schulen etc. zu erweitern und zu intensivieren.

Diese wertvolle Neustrukturierung alleine reicht aber nicht aus. Es müssen auch die finanziellen Mittel für diese neuen Aufgaben bereitgestellt werden. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erfordert auch die entsprechenden Geldmittel.

Zu 5. Es gibt Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Durchdringung des Bundes der Vertriebenen e. V. (BdV). Ein namhafter Vertreter des BdV hat erst kürzlich bestürzende Äußerungen über die Anzahl der Opfer in Auschwitz gemacht. Die Vertriebenenverbände untergraben die Völkerverständigung in Europa, indem sie bestehende Grenzen und internationale Verträge nicht anerkennen. In der wissenschaftlichen Literatur über den Rechtsextremismus sind diese Zusammenhänge vielfältig belegt.

Eine politische und finanzielle Förderung aus Bundesmitteln ist daher nicht hinnehmbar. Sie stünde auch im Gegensatz zu dem im März dieses Jahres im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit beschlossenen gemeinsamen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (Drucksache 14/5456), in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, dafür zu sorgen, „dass keine Zuschüsse … an Organisationen, Stiftungen und Verlage gewährt werden, die rechtsextremes Gedankengut … in den eigenen Reihen dulden.“ (Punkt 15 des Antrags).

In einem ersten Schritt soll dem BdV die Hälfte der Mittel gestrichen werden, in einem zweiten Schritt sollen die restlichen Mittel der institutionellen Förderung gestrichen werden.

Außerdem sollen die Projektförderungen und die Betreuung der Aussiedler sofort auf andere Träger wie die Volkshochschulen, die Arbeiterwohlfahrt etc. übertragen werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333